Forderungen der GdP im Landtagswahlkampf 2009

Die 2. Bürgerbefragung der Polizei des Landes Brandenburg im Jahr 2008 hat gezeigt, dass sich 89 % der Befragten in Brandenburg sicher fühlen. 79 % sind mit der Arbeit ihrer Polizei zufrieden. **Dieses stellt sogar eine leichte Steigerung gegenüber der letzten Bürgerbefragung dar.**
Jedoch haben sich die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Polizeiarbeit erheblich verschlechtert. Aufgrund der schlechten Haushaltslage des Landes **wurden** bis 2007 725 Stellen in der Polizei abgebaut. Von 2007 bis 2009 wurden 585 Stellen und bis 2012 weitere 455 gestrichen. Dies sind insgesamt 1765 Stellen. Bereits jetzt hat dieser enorme Stellenabbau drastische Auswirkungen.
Der Personalabbau führt zur deutlichen Arbeitsverdichtung und zu einem überdurchschnittlich **hohen** Krankenstand. Die Polizei des Landes Brandenburg hat einen Altersdurchschnitt im Vollzug von ca. 44,6 und in der Verwaltung von ca. 49,3 Jahren.

[Mitarbeitermotivation und Mitarbeiterzufriedenheit haben einen absoluten Tiefpunkt erreicht.]

Deshalb:

Der Personalabbau in der Polizei muss gestoppt werden! Es ist Zeit, etwas für die Polizei und die Attraktivität des Polizeiberufes zu tun!

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg wollen auch zukünftig in einem Land leben, in dem die Innere Sicherheit einen hohen Stellenwert hat.

Die Ziele der von Innenminister Schönbohm durchgeführten Polizeireform sind in fast allen Punkten nicht erreicht bzw. glatt verfehlt. Eine neue Strukturreform steht unweigerlich ins Haus.

[Wir fordern die Schaffung einer zukunftsfähigen Polizeistruktur!]

Die Innere Sicherheit muss wesentliches Thema im Landtagswahlkampf sein. Die Gewerkschaft der Polizei hat im Landtagswahlkampf ihre Forderungen formuliert und erwartet Antworten von den sich zur Wahl stellenden demokratischen Parteien.

Kriminalitätsbekämpfung

- Die Polizei in Brandenburg ist aufgrund von Personalabbau (seit 01.07.2008 390 Stellen in der Kripo weniger) und daraus resultierenden Strukturveränderungen (Wegfall der Kriminalpolizei auf Präsidiumsebene) kaum noch in der Lage Massenkriminalität auf der Ebene der Schutzbereiche zu bearbeiten. Zunehmend wird diese nur noch verwaltet.
- Die Kriminalpolizei ist stark überaltert. Es droht Erfahrungswissen verloren zu gehen. Fehlender Nachersatz oder Stelleneinsparungen nach Pensionierungen verschärfen das Problem.
- Es ist zwingend notwendig, Spezialisten zeitnah nachzubesetzen. Bei der Einstellung müssen Seiteneinsteiger aus anderen Berufsgruppen (z. B. Physiker, Chemiker, Betriebswirte) stärker berücksichtigt werden.
- Der Anteil der tatverdächtigen Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden ist erneut gesunken; mit 26 %, aber immer noch auf viel zu hohem Niveau und damit nach wie vor ein besonderer Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung, hier insbesondere die Kinder- und Jugendgewalt. Ca. 45 % der Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität sind unter 21 Jahren.
  Wir fordern die schnelle Anpassung der Bekämpfungsstrategien und die noch bessere Vernetzung der Maßnahmen mit den Trägern der Jugendarbeit.

Verkehrsunfallbekämpfung

- Die Verkehrsunfallbekämpfung ist in einem ausgewogenen Verhältnis von repressiven und präventiven Maßnahmen zu verstärken. Die Verkehrsüberwachung muss sich an Unfallschwerpunkten und nicht an Finanzvorgaben orientieren. **Die Vorgaben zu polizeilichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen bis hin auf einzelne Kolleginnen und Kollegen müssen endlich der Vergangenheit angehören.** Finanzielle Mittel aus Verwarn- und Bußgeldern sind angemessen direkt der Verkehrsunfallbekämpfung zuzuleiten.

Erhalt aller Polizeistandorte für die Bürgerinnen und Bürger

- Polizei ist und bleibt der kompetente Partner für unsere Bürgerinnen und Bürger zu Fragen der Inneren Sicherheit. **Deshalb muss** Polizei in der Fläche vor Ort erreichbar bleiben.

Zukunftsorientierte Nachwuchsförderung

- Umsetzung der Zweigeteilten Laufbahn in der Polizei; analog dem Lehrerberuf
- Schaffung eines Einstellungskorridors für Verwaltungsbeamte und Beschäftigte
- Die Gewährleistung beruflicher Sicherheit durch Wiedereinführung der Übernahmegarantie nach erfolgreicher Ausbildung/Studium
- Werbung durch Qualität der Studien- u. Ausbildungsbedingungen
- Bereitstellung von Unterkünften oder Unterstützung der Studierenden und Auszubildenden bei der Wohnungssuche. Wohngemeinschaften fördern Lernen für den Polizeiberuf in der Freizeit
- Jungen Menschen, die in der Polizei eine Berufsausbildung absolviert haben, muss eine berufliche Perspektive in der Polizei eröffnet werden.

Fortbildung

- Bereitstellung ausreichender **finanzieller und personeller Ressourcen** für eine bedarfsgerechte zentrale, dezentrale und externe Fortbildung für alle Beschäftigten der Polizei.
- Für eine effiziente Organisation bedarfsorientierter Fortbildung ist ein webbasiertes Fortbildungsmanagementsystem erforderlich.

Zentraldienst der Polizei

- Die GdP wendet sich gegen eine Ausgliederung des IT-Bereiches der Polizei. Aus datenschutzrechtlichen und polizeitaktischen Gründen müssen alle Bereiche, die Einfluss auf die polizeiliche Aufgabenerfüllung haben, im Zentraldienst der Polizei verbleiben.

Schnellstmögliche Einführung des Digitalfunks

- Die Polizei braucht aus einsatztaktischen Gründen einen praxisgerechten am wirtschaftlich-technischen Fortschritt orientierten Digitalfunk mit entsprechender Kompatibilität zu den Polizeien der anderen Bundesländer

Angemessene Absicherung im Krankheitsfall und bei Einschränkungen der Dienstfähigkeit

- Beibehaltung und Modernisierung des Leistungskataloges der Heilfürsorge sowie eine einmalige Wahlmöglichkeit zwischen Heilfürsorge und Beihilfe für **alle** Beamten der Brandenburger Polizei.
- Vermeidung von Frühpensionierungen nach dem Grundsatz: Prävention vor Rehabilitation – Rehabilitation vor Versorgung!
- Einführung einer Teildienstfähigkeitsregelung zur Vermeidung von Zwangspensionierungen.

Gesundheitsmanagement

- Ausbau von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und -prävention
- Soziale Einrichtungen wie Kantinen und Sporteinrichtungen müssen erhalten und in die Wachenbauprogramme aufgenommen werden.

Vereinbarung Beruf und Familie

- Landesweite Einführung des Audits „BerufundFamilie“

Leistungsgerechte Bezahlung

- Ablösung der Besoldungsordnung durch ein funktions- und leistungsorientiertes Bezahlungssystem für den Polizeivollzugsdienst, das neben einer Grundvergütung Zuschläge für die Funktion und Diensterfahrung sowie einen Familienzuschlag enthält.
- **Einführung einer Regelbeförderung und weitestgehende Abschaffung des Beurteilungs(un)wesens.** Die Eingangsbesoldung ist den Anforderungen des Polizeiberufes entsprechend anzuheben.
- Wir halten an der Forderung nach der Zweigeteilten Laufbahn auch in Brandenburg fest.
- **Auflösung der Stellenplanobergrenzen**
- **Leistung und Verantwortungsübernahme** müssen sich lohnen!
- Entbürokratisierung der Zulagenzahlung: Zusammenfassung und Pauschalisierung der bisher durch Bundesrecht geregelten kleinteiligen Zulagentatbestände mit Einzelnachweisen auf der Grundlage der tatsächlichen arbeitsplatzbezogenen Erschwernisse innerhalb des Polizeivollzugsdienstes.
- Verbesserung der Fürsorgeleistungen für die Inhaberinnen und Inhaber besonders gefahrengeneigter Funktionen.

Die Gewerkschaft der Polizei benennt Probleme im Bereich der Brandenburger Polizei. Darüber hinaus steht sie den politisch Verantwortlichen für das Finden und Vereinbaren von Lösungswegen zur Verfügung; auch nach dem 27. September 2009.

Potsdam, Juli 2009

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Brandenburg
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam

Internet: **www.gdp.de/brandenburg**
E-Mail: gdp-brandenburg@gdp-online.de

Nachtarbeit inklusive +++ Nachtarbeit inklusive +++ Nachtarbei

Ein Beruf wie jeder andere +++ Ein Beruf wie jeder andere +++ Ein Ber

Ein Beruf wie jeder andere +++ Ein Beruf wie jeder andere +++ Ein

FORDERUNGEN der GdP im Landtagswahlkampf 2009